



Zu hohe Preise

Krankenkassen fordern von der Politik neue Gesetze für Arzneien. **Seite 2**

Zu viel Armut

In Deutschland leben 2,5 Millionen Kinder in prekären Verhältnissen. **Seiten 4 und 9**

Zu wenig Punker

Campino im Gespräch mit Gysi im Deutschen Theater. **Seite 15**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 12. Januar 2016

71. Jahrgang/Nr. 9

Fotos: 123rf/Ronnie Wu, dpa/Paul Zinken



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Soziale Frage

Markus Drescher über die Leichtigkeit, Geflüchteten die Schuld zu geben

Neben der öffentlichen Zurschaustellung der Inkompetenz, Herausforderungen pragmatisch und menschenwürdig zu lösen (»Wir schaffen das nicht«), ist derzeit nur noch eines beliebter bei vielen deutschen Politikern: Probleme, die lange vor den Fluchtbewegungen ihren Ursprung haben, den Geflüchteten anzuhängen – und für das Vortäuschen von Handlungsfähigkeit anschließend deren Rechte einzuschränken.

So sind nicht die Geflüchteten dafür verantwortlich, dass sich, etwa unter dem selbstgewählten Diktat von Schuldenbremse und Schwarzer Null, der Staat auf allen Ebenen aus seiner Verantwortung gegenüber der Bevölkerung stiehlt. Angefangen bei den zwangsgeschrunpften Verwaltungen bis hin zum sozialen Wohnungsbau. Wenn SPD-Chef Sigmar Gabriel nun erklärt, man müsse Flüchtlinge von den Großstädten fernhalten, weil es Ghettoprobleme geben werde, stellt sich hier eben nicht eine ethnische, sondern die soziale Frage.

Wohin ziehen einkommensschwache Personen – Geflüchtete wie Leute mit deutschem Pass? Dorthin, wo sie bezahlbaren Wohnraum finden, letztendlich entscheidet der Geldbeutel über die Frage Problemkiez oder gutbürgerliche Nachbarschaft. Diese soziale Spaltung aber interessiert seit geraumer Zeit nicht nur keine der Bundesregierungen, sondern wurde willentlich verschärft. Angebracht ist also die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, Wohnungspolitik und Stadtplanung. Doch sie wird sich nicht erfüllen. Irgendwie irgendwas gegen Flüchtlinge ist so viel leichter.

UNTEN LINKS

Winzige Plastikteilchen wurden in den **Eingeweiden** von Fischen der Nord- und Ostsee gefunden. Wer sich von Makrele, Kabeljau oder Hering ernährt, muss damit rechnen, Teile der Plastikflasche zur Verdauung zurückzuerhalten, aus der er irgendwann seine Cola geschlürft hat. Der wachsende Kunststoffanteil im Fischinneren zeugt vom Widerstand der Natur gegen menschliche Müllentsorgung. Oder von einem perfiden Plan der Industrie. Enden die Tiere bisher häufig in Folien oder Büchsen, tragen sie nun Teile der Verpackung bereits mit sich herum. Wo die Hülle innen, das Lebensmittel aber außen anzutreffen ist, wird der Einkauf schwierig und der Aufdruck mit den Warnhinweisen unmöglich. Nun auch noch diese Meldung: Soeben übernimmt China einen der größten Hersteller von Verpackungsmaschinen in Deutschland – KraussMaffei. Nicht lange, und Deutschland wird nur noch Verpackung sein. Für China. Das riesige China? Ist das nicht viel zu groß? Innen nicht. *uka*

ISSN 0323-3375



Major Tom völlig losgelöst

Er war einer der größten Musiker: David Bowie ist im Alter von 69 Jahren gestorben

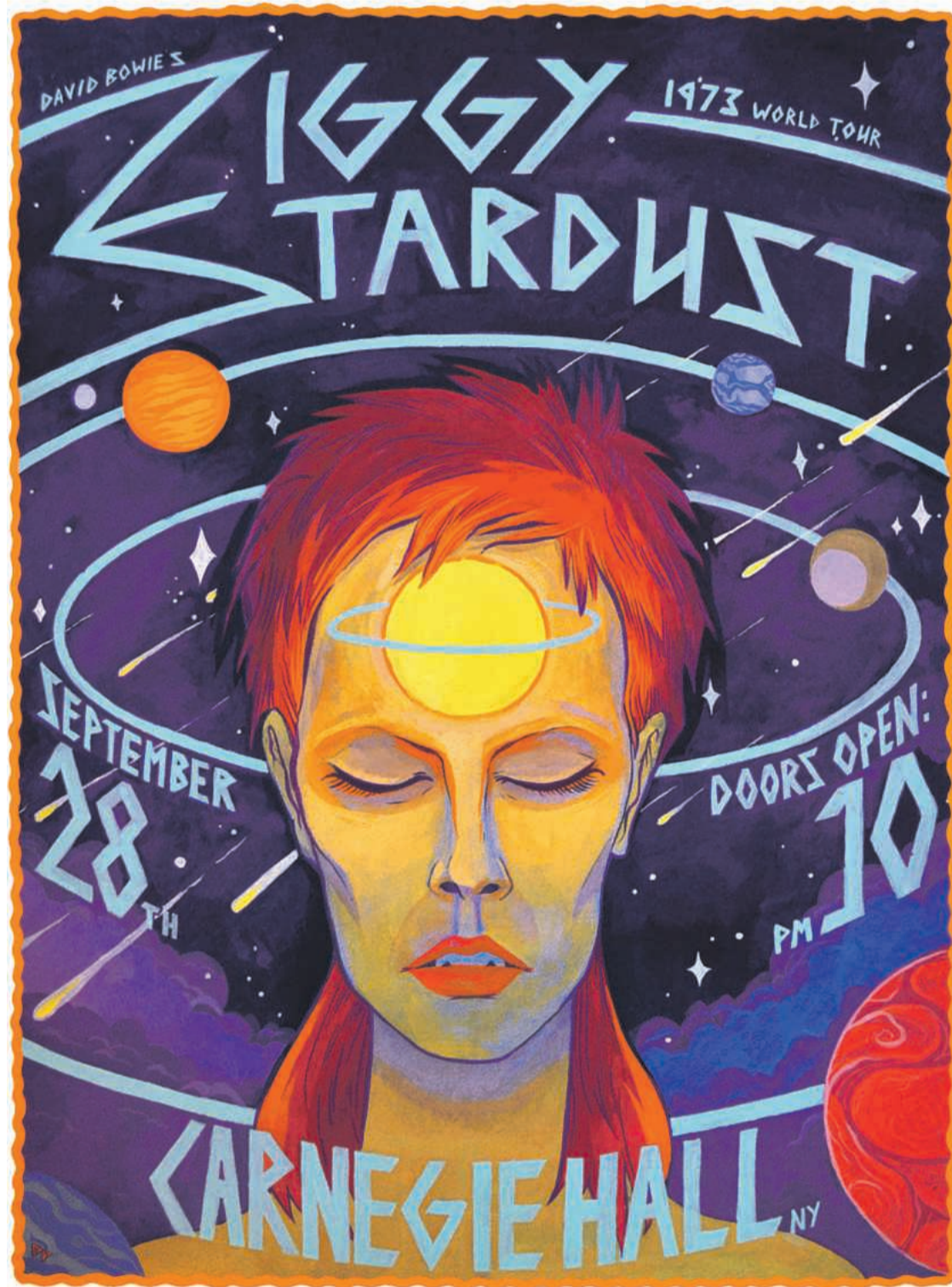


Abbildung: Archiv

Berlin. Es sind wahrhaft kosmische Tage. Da kündigt die US-Politikerin Hillary Clinton an, im Falle ihrer Wahl zur Präsidentin endlich Antwort auf die Frage zu geben, ob die USA womöglich schon längst Beweise für die Existenz von außerirdischen Lebensformen haben. Bei den Golden Globes holt das Weltraumepos »Der Marsianer« gerade zwei Preise. Und die neueste »Star Wars«-Episode rückt in der Liste der an der Kinokasse erfolgreichsten Filme immer weiter vor: Inzwischen hat der Streifen 1,58 Milliarden Euro eingespielt.

Eine gewisse Neigung zum Weltall hatte auch David Bowie, den einen der größten Musiker zu nennen niemand zögern kann. Und der deshalb auch auf den Titel dieser Ausgabe gehört: Bowie, der lange in Berlin wohnte, starb bereits am Sonntag im Alter von 69 Jahren. Auf seinem Weg ganz nach oben in der Musik markierte das 1972 erschienene Album »The Rise and Fall of Ziggy Stardust and the Spiders from Mars« eine Art Sprung in eine neue Dimension, Songs wie »Starman« spielten auch mit dem Sehnsuchtsort Weltall. Auf »Space Oddity« gerät der Astronaut Major Tom nach dem Start ins Weltall in Schwierigkeiten – er hinterließ auch auf Deutsch gesangliche Spuren in Peter Schillings »Völlig losgelöst«.

Bowies Tod ist weltweit mit Bestürzung aufgenommen worden. Freunde, Fans und natürlich auch die nie schweigen könnenden Politiker riefen einem der ganz Großen ehrfürchtig nach.

»Hier sitze ich in einer Blechbüchse / Hoch über der Welt / Der Planet Erde ist blau«, singt Bowie alias Major Tom im gleichnamigen Song. »Und es gibt nichts, was ich tun könnte.« Wir hier unten können was tun: David Bowie auf seiner Reise viel Glück wünschen. Und seine Musik hören. *tos Seite 3*

Freiheit bis zum Ortsschild

Bundesregierung will anerkannten Asylbewerbern den Wohnort vorschreiben

Die Einschränkung des Asylrechts soll nach dem Willen der Großen Koalition weiter eingeschränkt werden.

Berlin. In der aufgeheizten Stimmung gegen Ausländer nach den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln wird der Takt zur Einführung neuer Einschränkungen der Rechte Geflüchteter immer schneller. So erwägt die Bundesregierung, anerkannten Flüchtlingen den Wohnsitz vorzuschreiben. Die Koalition habe eine große Chance, eine derartige Regelung in den nächsten Wochen zu vereinbaren, sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) am Montag im ARD-»Morgenmagazin«. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte in Berlin, es werde derzeit »intensiv geprüft«, ob Wohnsitzauflagen für anerkannte und subsidiär geschützte Flüchtlinge ausgedehnt werden sollten. Solche Beschränkungen gibt es derzeit nur für Asylbewerber im Verfahren und Geduldete, solange sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Aner-

kannte Flüchtlinge dürfen sich frei bewegen. Das verlangt unter anderem die Genfer Flüchtlingskonvention.

Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte sich am Sonntagabend dafür ausgesprochen, auch anerkannten Asylbewerbern ihren Wohnsitz vorzuschreiben. »Ich glaube, wir brauchen eine Wohnsitzauflage, sonst ziehen die Menschen – auch die anerkannten Asylbewerber – alle in die Großstädte«, sagte Gabriel in der ARD-Sendung »Bericht aus Berlin«. »Da massiert sich das Problem und wir kriegen richtige Ghettoprobleme«, fügte er zur Begründung hinzu.

Bereits im Dezember hatte der CDU-Parteitag einen entsprechenden Antrag beschlossen. »Wir müssen zusätzliche Wanderungsbewegungen in die Großstädte und Ballungsräume verhindern und eine gleichmäßige Verteilung in Deutschland gewährleisten«, heißt es in dem Antrag. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bereits für solch eine Auflage plädiert. Die Wohn-

sitzauflage soll Teil der zweiten Verschärfung der Asylgesetze werden, auf die sich die Koalitionsspitzen im November grundsätzlich verständigt hatten.

Die Opposition und Rechtsexperten kritisieren die Pläne. Wohnsitzauflagen für anerkannte

Anerkannte Flüchtlinge dürfen sich frei bewegen. Das verlangt unter anderem die Genfer Flüchtlingskonvention.

Flüchtlinge seien völker- und europarechtlich unzulässig, sagte etwa der Grünen-Innenpolitiker Volker Beck den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Aus Sicht des Oldenburger Verfassungsrechtlers Volker Boehme-Neßler verstoße der Plan gegen das Grundgesetz. Wer anerkannten Asylbewerbern den Wohnsitz vorschreiben wolle, müsse einen tie-

fen Eingriff in die Verfassung vornehmen, so der Jura-Professor. Dies sei nur unter strengen Bedingungen möglich. »Ich habe meine Zweifel, dass solche Umstände hier gegeben sind.«

Weiterhin zum Teil überfordert sieht de Maizière die Verwaltungen und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge. Trotz tausender neuer Stellen bringe der Zustrom der Flüchtlinge den öffentlichen Dienst vielfach an seine Belastungsgrenze. Das vorhandene Personal sei im Krisenmodus oft be- oder gar überlastet, sagte de Maizière am Montag bei der Jahrestagung des Beamtenbunds dbb in Köln. Zwar gebe es tausende neue Stellen. Alleine bei den Sicherheitsbehörden des Bundes seien es knapp 4000, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 1650 mehr. Allerdings könne Personal nicht durch den Beschluss neuer Stellen bereits ins Amt gezaubert werden. Kommunen, Länder und Bund müssten ihr Personal umschichten und personelle Ressourcen für Flüchtlinge einsetzen. *Agenturen/nd*

Ausländer in Köln angegriffen

Rassisten gehen auf Menschenjagd Offenbar Verabredung über Facebook

Köln. In der Kölner Innenstadt haben am Sonntagabend unbekannte Täter mehrere Ausländer angegriffen. Wie die Polizei mitteilte, attackierte eine Gruppe von 20 Personen zunächst sechs Pakistaner. Zwei der Angegriffenen seien danach in einem Krankenhaus ambulant behandelt worden. Kurze Zeit später hätten fünf Unbekannte einen Syrer angegriffen. Er sei leicht verletzt worden, habe jedoch nicht behandelt werden müssen. In beiden Fällen ermittelt die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung.

Wie der »Express« berichtet, hatte sich eine Gruppe aus Rockern, Hooligans und Türstehern über Facebook verabredet, um in der Domstadt auf Menschenjagd zu gehen. Nach den Übergriffen in der Silvesternacht wolle man aufräumen, habe es geheißt.

Auch die Polizei in Köln geht davon aus, dass es sich bei den Angriffen um »fremdenfeindliche Straftaten« handele. Sie bestätigte außerdem die Verabredung der Rassisten über die sozialen Netzwerke. *Agenturen/nd Seiten 4 und 5*

Über 450 Neonazis untergetaucht

Offene Haftbefehle – Tendenz steigt

Berlin. 466 Haftbefehle gegen 372 rechtsmotivierte Straftäter waren im September 2015 nicht vollstreckt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Irene Mihalic hervor. 70 Haftbefehle gründen sich auf eine politisch motivierte Straftat, 98 wurden wegen einer Gewalttat und fünf wegen einer politisch motivierten Gewalttat ausgesprochen. Zudem würden drei Personen im Rahmen des Schengen-Informationendienstes gesucht. Die Vorwürfe betreffen das Verwenden verfassungswidriger Symbole, Betrug, Diebstahl, sexuelle Nötigung, Körperverletzung, Betäubungsmittel-Kriminalität sowie Delikte, die mit Waffen und Sprengstoff zu tun haben. Laut einer vor zwei Jahren erhobenen Statistik suchte die Polizei damals 268 Straftäter.

Einer Antwort auf eine Anfrage der Linksfaktion ist zu entnehmen, dass die Behörden allein im Monat Oktober 1717 Straftaten im »Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts« zählten. Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen (25) und Sachsen (21). Aufgelistet sind 137 Gewalttaten. *hei*

Mit Lichterkette gegen Rassisten

Kritik an CDU wegen Ablehnung des Anti-Legida-Protests

Leipzig. Zum Jahrestag des rassistischen Bündnisses Legida am Montagabend in Leipzig haben zahlreiche Organisationen zum Gegenprotest aufgerufen. Mit einer Lichterkette »Leipzig bleibt helle« rund um den Innenstadtring sollte ein Zeichen gegen Gewalt gesetzt werden. Mindestens 3500 Menschen waren nötig, um die Kette zu schließen. Legida hatte für seine Kundgebung bis zu 2000 Teilnehmer angemeldet. Zum Jahrestag hatte auch Pegida in Dresden für Leipzig mobilisiert. Pegida-Gründer Lutz Bachmann wollte am Abend auftreten.

Wegen ihrer ablehnenden Haltung zu den Anti-Legida-Protesten erntet Sachsen CDU auch beim Koalitionspartner Kritik. »Anstatt geschlossen mit allen demokratischen Parteien auf die Straße zu gehen, plädiert die CDU in Leipzig dafür wegzugucken und ignoriert wieder einmal die Gefahr von rechts«, erklärte die sächsische SPD-Generalsekretärin Daniela Kolbe. Der sächsische Linksfractionschef Rico Gebhardt nannte diese Distanzierung »finster«. *dpa/nd*